

heute von einflußreichen konservativen Kreisen im argentinischen Katholizismus noch nicht zu einer klaren Verurteilung der Bewegung drängen lassen. Es ist auch kaum anzunehmen, daß die Bischöfe *Devoto* (Diözese Goya) und *Brasca* (Diözese Rafaela) gegen den Willen ihrer Amtsbrüder am dritten Nationaltreffen der Priesterbewegung für die Dritte Welt teilnahmen. Beide haben keine Versuche unternommen, sich von der dort wiederholten Option für den Sozialismus zu distanzieren. Beide gelten trotz ihres mutigen Eintretens gegen Ungerechtigkeit, wo immer sie in ihren Bistümern offenkundig wird, als Vertreter einer eher gemäßigt offenen sozialpolitischen Linie im Episkopat.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Kirchenführung und dem MSTM mögen gravierend sein. Die eigentlichen Widersacher der „tercermundistas“ werden in dem schon erwähnten Dossier des Jesuiteninstitutes aber, wenn auch nicht ganz unvoreingenommen, anderswo lokalisiert. „Die Ausweisung von Priestern des MSTM wird von Personen gefordert, die nationalen und ausländischen Kapitalinteressen verbunden sind.“ So habe zum Beispiel die Zeitschrift „Comments“, das Organ der argentinisch-nordamerikanischen Handelskammer, eine Art Anklageschrift zusammengestellt, der eine Liste von 150 Unterzeichnern mit Adressen beigelegt war. „Die Attacken gegen das MSTM werden amtlicherseits ermutigt, strategisch geplant von Sicherheitsorganen, die sich gegenseitig die Stange halten, um weiterhin aus den sozialen Ungleichheiten Nutzen zu ziehen. Soweit die Bemühungen, die Arbeit des MSTM abzuwürgen, international gelenkt sind, dienen sie dem Ziel, Argentinien im kapitalistischen Block unter dem beherrschenden Einfluß der Vereinigten Staaten zu halten... Der nationalliberale Kapitalismus intendiert mit der Kampagne, das Volk glauben zu machen, es gäbe nur die Alternative Chaos oder blindes Vertrauen in die Macht, die über das Geheimnis der Ordnung verfügt... Von seiten des integralistischen Katholizismus wird das MSTM bekämpft, weil diese Teile der Kirche alles zu bremsen suchen, was das Wachstum der nachkonziliaren, der lateinamerikanischen Kirche nach Medellín fördert...“

Würden sich die Mitglieder der argentinischen „Priesterbewegung für die Dritte Welt“ darauf beschränken, ihre Überzeugungen nur auf Papier zu bringen, erschienen sie niemandem gefährlich. Aber sie handeln. Weihnachten 1968 organisierten sie in 18 Städten des Landes von Gebet und Reflexion begleitete Protest- und Bußfasten. Im Dezember des gleichen Jahres begannen 68 MSTM-Mitglieder der Hauptstadt, Pfarrer in Elendsvierteln, Widerstand gegen das Slumbeseitigungsprogramm der Regierung zu organisieren. Er hält noch an und hat den „rei-

bungslosen“ Vollzug der Stadtanierung erheblich behindert (vgl. Herder-Korrespondenz 24. Jhg., S. 479). Im Januar bis März 1969 machte das MSTM in den Provinzen Santa Fé und Tucuman durch *Organisation von Widerstand* von sich reden. Dort sollten im Rahmen des nationalen Wirtschaftssanierungsplans verschiedene Zuckermühlen stillgelegt werden, ohne daß für neue Arbeitsplätze gesorgt worden war oder werden konnte. Im April 1969 waren Priester der Bewegung führend und stimulierend in der Organisation eines Protesthungermarsches von Arbeitern und Bauern aus dem Norden der Provinz Santa Fé in die Provinzhauptstadt beteiligt. Auch hier ging es um die Erhaltung von Arbeitsplätzen. Überall im Land, wo sich Bevölkerungsgruppen zusammantun, Arbeitsplätze, Krankenhäuser, Schulen, Wasserleitungen und Elektrizität zu fordern, werden Mitglieder des MSTM als „Drahtzieher“ identifiziert. Und überall, wo Priester von Kanzeln und Lehrstühlen für die elenden „Gastarbeiter“ aus paraguayischen Grenzgebieten, für die Hausmädchen, für politische Häftlinge, für verfolgte Arbeiterführer eintreten, da sind es (nach eigener Zuordnung) meistens „tercermundistas“.

Spitze einer größeren Bewegung?

Ähnliche Priestergruppen haben sich in fast allen Ländern Lateinamerikas gebildet. Doch arbeitet die argentinische unter ungleich günstigeren Bedingungen als beispielsweise die brasilianische, die unter den derzeitigen politischen Verhältnissen in den Untergrund gezwungen wird. Die chilenische „Junge Kirche“ und die peruanische Priesterbewegung ONIS haben es heute leichter, weil sich ihre Forderungen nach grundlegenden Strukturwandlungen weitgehend mit den Programmen der neuen Regierungen decken. Die sehr umstrittene kolumbianische Golconda-Bewegung ist Maßnahmen der Hierarchie ausgesetzt. Ihren aktivsten Mitgliedern wurden erst die Pfarreien entzogen, dann die Ausübung des Priesteramtes überhaupt untersagt. Paraguays sozial engagierte Priester können auf die Unterstützung durch die Bischofskonferenz bauen, haben aber einige der führenden Köpfe durch Ausweisung verloren. In Bolivien durften ausgewiesene „Rebellenpriester“, in und um die ökumenische Bewegung ISAL (Kirche und Gesellschaft) gruppiert, nach der Machtübernahme von General *Torrez* zurückkehren. Von allen unterscheidet die Priesterbewegung für die Dritte Welt in Argentinien die zahlenmäßige Stärke und das ständige publizistische Echo im Inland. Die Motive für ihre politische Option („humaner Sozialismus“) und für ihr Handeln hat die Bewegung mit allen lateinamerikanischen Priesterbewegungen gemeinsam.

Der Zentralausschuß des Weltkirchenrates in Addis Abeba

Mit Spannung wurde die Tagung des Zentralausschusses des Weltrats der Kirchen in Addis Abeba (10. bis 21. Januar 1971) erwartet. An sich war sie bestimmt für die Bestätigung bzw. Finanzierung der laufenden und der geplanten Arbeiten der einzelnen Abteilungen und Referate. Aber neben der erneuten Überlastung mit den Berichten und Projekten dieser Abteilungen, die auch ihrer Rechtfertigung dienen, war die akute Krise zu lösen, die

der Konflikt um das *Programm gegen den Rassismus* ausgelöst hat. Hinzu kamen die *Strukturvorschläge zur Überwindung der Krise der Organisation* (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 11 f.), die letztlich eine gewisse Preisgabe der „Souveränität“ der Mitgliedskirchen erfordern, wenn sie helfen sollen. Schließlich mußte man mit der Ernüchterung fertig werden, daß die römisch-katholische Kirche, vertreten u. a. durch den Sekretär des Ein-

heitssekretariats *J. Hamer OP*, wie schon der vorgelegte „Bericht der Gemeinsamen Arbeitsgruppe“ zeigte, vorerst keinen Antrag auf Beitritt zum Weltkirchenrat stellen wird. Sie will die in Genf von Papst Paul VI. 1969 gewiesene Linie einhalten und durch weitere Intensivierung der Zusammenarbeit auf dem Gipfel wie an der Basis zunächst die unerläßlichen Voraussetzungen dafür schaffen, daß *Roms Beitritt* auch von den Christen wie den Einzelkirchen als ein pastorales Bedürfnis empfunden wird (vgl. „Osservatore Romano“, 30. 1. 71). Man sah sich also nach wie vor mit dem Wunsch Roms konfrontiert, seine Identität als wahre und universale Kirche zu wahren, ein Wunsch, der nach „The Christian Century“ (23. 12. 70) unter dem Titel „The Image of Christ in the East“ von Papst Paul VI. durch seine Asienreise, unbeschadet aller Mängel, mit „charismatischer Gabe“ glaubwürdig gemacht worden sei.

Eine gewissermaßen rettende Funktion wurde in dieser Lage von den monophysitischen Orthodoxen wahrgenommen, die den *Dialog mit den anderen Religionen* mit unerhörter Eindringlichkeit forderten und trotz der Sorge der christlichen Mission vor einem „Synkretismus“ (von Visser 't Hooft oft beschworen) vor allem die meist in der Führung sitzenden Reformierten mit ihrer „christologischen Engführung“ bewußt zur Entscheidung nötigten. Diesem Ziel diente auch der Aufsatz von P. *Verhese*, Indien, früher Direktor im Weltrat und Konzilsbeobachter: „Syncretism and the Quest for Interiority“ („The Christian Century“, 23. 12. 70), mit der Forderung, den asiatischen Weg der Mystik als einen ebenbürtigen Weg zu Christus anzuerkennen und sich vom Augustinismus loszusagen. Diese von wachen Beobachtern voraussehende Herausforderung hat der Tagung nicht nur einen neuen Schwerpunkt gegeben, sie könnte auch eine gewisse Vorentscheidung dafür gebracht haben, daß der künftige Generalsekretär ein Asiate, vermutlich M. M. Thomas, sein dürfte. Diese neuen Imponderabilien machen es noch verständlicher als die zugegebene Krise um die Rassismusfrage — richtiger vielleicht: um ein Ausweichen vor Entscheidungen im theologischen und christologischen Zentrum in soziale Aktivität oder „gemeinsames Zeugnis“ vor der Welt (außer im Zentralen des Glaubens) —, daß Rom die weitere Entwicklung innerhalb der Gesamtökumene abwarten will.

Der angesteuerte Kompromiß

Die beiden führenden Persönlichkeiten des Weltrats, *M. M. Thomas*, als Vorsitzender des Exekutiv- und des Zentralausschusses, und Generalsekretär *E. C. Blake*, steuerten in ihren Eröffnungsberichten nach dem Zeremoniell der Gottesdienste im äthiopischen Ritus geschickt den Kompromiß an, mit dem hernach alle, wenn auch nicht ganz zufrieden zu sein schienen (öpd, 14. 1. 71). Obwohl „Laie“ und für „Kirche und Gesellschaft“ hauptverantwortlich, verstand es Thomas, die Projektion der künftigen Arbeit aus dem theologischen Mittelpunkt, dem gemeinsamen Christusglauben, in die Peripherie entwicklungspolitischer Aktivität vorzunehmen und „kreativ“ anzugehen. Er verglich die Krise des Weltkirchenrates mit der sog. „Wachstumskrise“ in der römisch-katholischen Kirche seit dem Zweiten Vatikanum, nur daß eben der Unterschied der beiden Krisen unbestreitbar darin liegen dürfte, daß der Weltrat keine feste Mitte hat. Ob sie dadurch allein gewonnen wird, daß nach Thomas nicht nur die Zahl, sondern auch das Ausmaß der künftigen theologischen Stu-

dien um „die Einheit der Kirche“ und um „das Humanum“ aus dem theologischen Zentrum, dem Christusergebnis, entwickelt wird, ist eine offene Frage.

Sie bleibt um so brennender, als die Zusammenarbeit mit Rom das Problem der institutionellen Mitte ständig präsent macht. Man dürfte nach dem heutigen Stand der Dinge eine solche Situation nicht mehr einfach als unzumutbare Herausforderung empfinden, sondern sie vermutlich annehmen, um das von Thomas (ebenso wie von *L. Vischer*) geforderte „gemeinsame Zeugnis“ vor der Welt zu leisten: die „gemeinsame Rezeption der einfachen biblischen Wahrheit, daß die Kirche als Volk Gottes und Leib Christi in dieser Welt vorleben müsse, wie Gott Menschen von den Enden dieser Erde versammelt, damit sie als die neue Menschheit leben“. Es gereicht diesem „Laien“ zur Ehre, daß er — als Inder — seine weiträumig durchdachte sozialpolitische Aktivität von der Präsenz Christi her konzipiert und durchgeführt wissen wollte, stets im Blick auf die zu manifestierende Einheit der Kirche auch in ihren Ämtern, sogar in der von ihm ausdrücklich zitierten „Hierarchie der Wahrheit“.

Thomas ging noch weiter. Er sprach von dem schon versuchten Dialog mit Vertretern anderer Religionen, zu dem nunmehr nach dem Hauptreferat des Beirut-Metropolit *G. Khodr* (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 103) die Richtlinien vorgelegt und beschlossen wurden. Er erklärte zu den westlichen Sorgen über einen möglichen Synkretismus: „Die einzig mögliche Antwort auf den Synkretismus, d. h. die Verwechslung zwischen dem lebendigen Gott und den Götzen, ist eine sachgemäße, konstruktive Einführung in das einheimische Element der Religionen, in Kooperation und Dialog. Mehr als in jedem anderen Feld brauchen wir hier eine Definition unseres Glaubenszentrums, wo Jesus Christus als Gott und Heiland allein endgültig ist und alle anderen Götter und Heilande oder Heilswege, ob religiöser oder säkularer Art, ausschließt, so daß gleichzeitig das endgültige Zentrum vom vorletzten Reich der Symbole, Ideologien, Werte, Institutionen und Erfahrungen des Christentums, anderer Religionen und säkularer Ideologien unterschieden wird.“ Von dieser Konzeption kam er auf die Erneuerung der Personalpolitik. Das war offensichtlich eine gute Selbstvorstellung als einer der möglichen künftigen Generalsekretäre.

Der Bericht Blakes

Auch der amtierende Generalsekretär *Blake* gab sich Mühe, eine universale Konzeption vorzutragen und nicht in seinem Antirassismusprogramm stecken zu bleiben. Er sprach offensiv von seinem bisherigen Plan, neue Schwerpunkte der Entwicklung durch die Rassenfrage zu setzen: „Es ging nicht um die Entwicklung eines neuen Evangeliums, sondern um die Schaffung eines neuen größeren Raumes in der Welt, in dem die Relevanz und Kreativität des alten Evangeliums erschlossen werden konnte. Ich forderte die Kirchenführer auf, das erforderliche Risiko einer echten Erneuerung der Kirchen und ihres Rates auf sich zu nehmen.“ Auch er begann mit dem Thema „Dialog mit Menschen anderer Glaubens“ und erinnerte daran, daß die verschiedenen Identitäten der Dialogpartner beachtet werden müßten. Außerdem müßte jeder Partner auf „Macht“ verzichten, zumal die Christen sich dessen bewußt seien, daß sie eine Minderheit in der Welt darstellen. Aber er nannte dann nur den Dialog mit den Juden, um sogleich auf sein eigenstes Thema, die Bekämpfung des Rassismus,

zu kommen, dessen Berechtigung er aus der langen Geschichte des Weltrates als legitim begründete. Er hat sich dann auch durchgesetzt.

Brief an die Mitgliedskirchen

Wir ziehen hier deshalb den „Brief an die Mitgliedskirchen“ vor, den die Tagung zum Schluß annahm, weil darin das ganze Problem enthalten ist, zumal die Formulierungen auf der Spandauer Synode der EKD vom 18. bis 21. Februar eine Rolle gespielt haben, vor allem die empfohlene Überprüfung der Machtstrukturen der heimischen Regierungen.

Der Brief verteidigt die Beschlüsse von Arnoldshain, Geldmittel auch an solche rassischen Minderheiten für soziale Bedürfnisse zu geben, die sich der Unrechtsgewalt des herrschenden Regimes mit Gewalt erwehren. Es wird betont, „daß es immer die Intention des Ökumenischen Rates war und noch ist, sich die Sache der Freiheit und nicht der Gewalt zu eigen zu machen“. Denn Christen verabscheuen zu Recht die Gewalt. Auch der Zentralausschuß verurteilt Gewalt, Rassismus und Ungerechtigkeit, aber er will seine Solidarität mit unterdrückten rassischen Minderheiten in Afrika und anderswo zeigen: „Unsere Unterstützung der Opfer der (herrschenden) Gewalt, von Unterdrückung und (weißem) Rassismus kann nicht länger nur verbal sein.“ Daher folge nunmehr „berechtigterweise die Vergabe von Geldern an jene Menschen, die gegen Gewalt, Unterdrückung und Ungerechtigkeit kämpfen“. In vielen Teilen der Welt sei das verstanden worden (u. a. durch die Überweisung von 10 000 DM durch den holländischen Episkopat, epd. 19. 1. 71). „Soll die Ausbreitung von Gewalt in der heutigen Welt vermieden werden, so müssen die Unterdrücker von der Unterjochung abgebracht und ermutigt werden, eine Gesellschaft mit Gerechtigkeit und Würde für alle aufzubauen. Denn es ist gerade die Gewalt des Unterdrückers, die Gegengewalt hervorruft und deshalb weitgehend für sie verantwortlich zu machen ist. Von unserem Gewissen bedrängt, sollten wir ernsthaft *Druck auf diejenigen Regierungen* ausüben, die Gewalt anwenden, um die Würde, die Freiheit und das Menschsein der schwarzen Menschen zu unterdrücken. Der Beschluß des Ökumenischen Rates sollte nicht als eine Befürwortung von Gewalt, sondern vielmehr als eine Kampfansage gegen diejenige Gewalt verstanden werden, die von den unterdrückerischen Regimen ausgeübt wird.“ Es wird hinzugefügt, das Evangelium lehre mit klaren Worten, daß wir dem Bösen nicht mit Bösem begegnen, sondern das Böse durch Gutes überwinden sollen. Die aufständische Gewalt könne auch zur völligen Vernichtung der Unterdrückten führen. Doch der Widerstand gegen Unterdrückung darf das von Christen geforderte Liebesgebot nicht mißachten. In dem Brief wird jener Passus aus dem Beschluß nicht wiederholt, das Programm zur Bekämpfung des Rassismus mit der Vergabe weiterer Geldmittel von 340 000 Dollar fortzusetzen. In diesem Beschluß, der nach Präses *Thimme*, Bielefeld, noch in seinen Konsequenzen geprüft werden solle (epd, 28. 1. 71), heißt es u. a.: „Die Kirchen sollen nicht nur ihre eigenen Erziehungsmaterialien überprüfen, um offene und versteckte rassische Inhalte zu beseitigen, sie sollen auch auf die Gesellschaft und den Staat, in dem sie leben, einwirken und die militärischen, politischen, industriellen und finanziellen Strukturen ihrer Länder untersuchen und analysieren, damit klar wird, wo diese Länder im Rahmen der Innen- und Außenpolitik Rassismus unterstützen oder zur Verfestigung von Rassismus beitragen.“

Das ist eine fast zu große Aufgabe. Sie wirft die Frage auf, ob die angesprochenen Kirchen finanziell so unabhängig auch von der „schweigenden Mehrheit“ der Kirchensteuerzahler (vor allem der Großbetriebe und Großunternehmer) sind und ob sie einen ausreichenden Forschungsapparat zur Verfügung haben. Sonst gerät man in Gefahr, leere Deklamationen zu wiederholen, die ungute Auswirkungen haben müßten.

Arbeit für die Einheit hat Vorrang

Man kann nicht umhin, den theologischen Aufgaben, die *L. Vischer* vertrat, immer noch den Vorrang zuzuweisen. Auch *Visser 't Hooft* unterstrich als Ehrenpräsident in Addis Abeba: „Die fundamentale Aufgabe unserer ökumenischen Bewegung ist und bleibt geistlicher Art. Die Zusammenführung der Christen zur vollen Einheit ist weiterhin unser Hauptziel“ (epd, 11. 1. 71). Die Kräfte der Zerstreuung hätten nicht abgedankt: „Gerade jetzt, da wir mehr denn je der Reintegration der Menschheit bedürfen, sind die desintegrierenden Kräfte stärker denn je. Wir wollen dankbar sein, daß wir eine Kraft der Reintegration kennen, die die Verwirrung überwinden kann. Diese Kraft ist der Heilige Geist.“

Das von *L. Vischer*, Leiter von Faith and Order, vertretene Anliegen, richtig auf ein „wahrhaft universales Konzil der Einheit“ hinzusteuern, ist aber nur schwach zum Zuge gekommen. Vorerst fehlt es sogar noch an der Bereitschaft der Mitgliedskirchen, die Finanzierungskrise des Weltrates — bei einem Etat für 1971 von 1,46 Mill. Dollar und einem Defizit, das auf 350 000 Dollar anwachsen wird — abzubauen. Die von Präses *A. Wischmann*, Frankfurt am Main, angeregten obligatorischen Mitgliedsbeiträge zu zahlen stieß auf wenig Gegenliebe. Die gut versorgte EKD hat es da auch leichter als die meisten anderen Mitgliedskirchen. Leider konnte Vischer in seinem Referat über die Einheit der Kirchen nicht viel Neues vorbringen, als immer wieder die Mahnung: „Die Bewegung der Kirche nähert sich der Zeit, in der Entscheidungen gefällt werden müssen, ja sie befindet sich vielleicht schon mitten in dieser Zeit.“ Er wirkte angesichts der Streuung zahlreicher Projekte etwas wie ein Rufer in der Wüste. Es gab die erhofften Resolutionen, u. a. zur Vorbereitung der nächsten Tagung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung im August 1971 in Löwen mit dem Thema „Die Einheit der Kirche und die Einheit der Menschheit“.

Aber daneben drängt die Studie des Referats „Kirche und Gesellschaft“ über „Die Zukunft des Menschen und der Gesellschaft“ mit den drei Hauptproblemen der Biologie (Förderung der Qualität des Lebens), der Umweltforschung und den demographischen Kontrollen. Sie will einem neuen „technologischen Fatalismus“ entgegenwirken. Daher mehr „Zukunftsplanung“ durch Theologen, mehr Entwicklungstheologie! Der Weltrat müßte eine Vereinigung von Genies sein, wenn er den immer neuen und sicher treffend gesehenen Problemen Rechnung tragen will. Er müßte unbegrenzte Geldmittel haben und von den verantwortungsbewußten Gemeinden seiner Mitgliedskirchen getragen werden. Aber das hat er bisher nicht geschafft. Seine Bemühungen um wirksame Öffentlichkeitsarbeit scheitern immer wieder daran, daß er zu viele Probleme gleichzeitig produziert und vorführt, statt nach den Elementarregeln guter Werbung zu verfahren, das eine, was not ist, wirksam zu verkaufen, um ökumenischen Schwung in die Gemeinden zu tragen.

Es verschlägt wenig, daß der Ökumenische Rat nun auf

252 Kirchen angewachsen ist. Im Gegenteil, der Aufnahmeantrag der von Moskau in den USA dirigierte neuen „Orthodoxen Kirche in Nordamerika“ führte durch den Einspruch von Patriarch Athenagoras von Konstantinopel zu einem Konflikt, mit dem man hinter den Kulissen einige Mühe hatte („France Catholique“ 5. 2. 71; wir kommen auf das Thema zurück). Es weist in eine gute Richtung, daß für den verstorbenen Ceylonesen *D. T. Niles* die Japanerin *Kiyoka Takeda Cho* (53), Professorin an der Internationalen Christlichen Universität in Tokio, ins Präsidium gewählt worden ist. Aber vorerst wird die zerstreute und zerstreute Forschungsarbeit weitergehen wie bisher. Auch SODEPAX bekam grünes Licht für weitere drei Jahre, ein wichtiger Beschluß mit wichtigen Forschungsvorhaben, die von Ökumenikern aller Kirchen zusammen mit Rom angegangen werden. Die Zeit drängt, bis 1972 die neuen Strukturen hoffentlich eine Vereinfachung bringen und mit ihr ein Triumvirat von drei neuen Generalsekretären.

Kaiser *Haile Selassie* machte bei der Eröffnung der Tagung eine ehrwürdige, auch das Bemühen um die Einheit Afrikas repräsentierende Figur. Jemand hatte beinahe bedauert, daß es heute keinen Kaiser Konstantin den Großen gibt, der zur Einheit treibt. Wohl niemand wollte darin eine Lösung sehen. Doch die „Demokratisierung“ des Weltrates der Kirchen, ein Erbe des angelsächsischen Parlamentarismus und Optimismus, wird immer mehr zum Problem. Es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn man vermutet, daß die Suche nach einem unabhängigen Treuhänder der Einheit wachsen wird, der, mit Kardinal *Suenens* zu reden, nicht so sehr die Einheit der Kirche als den einen Christus in der Kirche verkündet, und zwar einer Kirche aus „Juden und Heiden“. Dieses Problem steht ebenso an wie das Fernziel eines universalen Konzils, von dem erwartet wird, „daß es sich ganz dem Heiligen Geiste beugt“ (L. Chenu OP in: „Informations Catholiques Internationales“, 1. 2. 71). Kann jedoch der Heilige Geist zum Zuge kommen ohne die glaubwürdigen Zeugen, die ihren Auftrag „von oben“ empfangen, ohne die „Nachfolger der Apostel“ in einem keineswegs juristischen Sinn? Die „Gemeinsame Arbeitsgruppe“ nähert sich dieser Frage recht konkret.

Auf den Spuren der Apostolizität

Der vollständige Text des „Dritten Offiziellen Berichts“, der in Addis Abeba vorgelegt wurde, ist inzwischen samt den Anlagen über Prosyletismus und dem Dokument über „Katholizität und Apostolizität“ veröffentlicht worden (in: „The Ecumenical Review“, Januar 1971, S. 44—69). Das in die Zukunft weisende Dokument geht mit erstaunlicher Präzision alle Aspekte der Apostolizität der Kirche an und stellt die Fragen für die nächsten Jahre. Der Konsensus reicht schon weit: Herkunft von den Aposteln, Identität mit ihrem Zeugnis, Kontinuität dieses Zeugnisses in der Geschichte der Kirche, Einsicht in den weltanschaulich bedingten Wandel seit Nikaia, Einheit und notwendige Pluralität, vor allem die Sorge für die Einheit. Alles ist äußerst differenziert, aber eine genauere Analyse würde ergeben, daß keine Zerstreung in Details vorliegt, sondern Ansätze der Synthese sichtbar werden. Die Vertiefung in dieses Dokument wäre eine lohnende Aufgabe, auch wenn sie vermutlich einen langen Atem erfordert.

Aber die ökumenische Publizistik verweilt immer noch lieber bei politischen Sensationen, von den kirchenpolitischen zu schweigen. Hier ist wohl eine der wichtigsten Ursachen der Krise. Das Reden von dieser Krise ist kein Vorurteil katholischer Beobachter, es stammt aus den verantwortlichen Kreisen des Weltrates. Am beeindruckendsten hat es der frühere Direktor der Abteilung für ökumenische Aktion, Pfarrer *E. Lange*, zum Ausdruck gebracht in einem für Addis Abeba verfaßten Beitrag in „The Ecumenical Review“ (Januar 1971, S. 1—8): „Die Malaise in der Ökumenischen Bewegung“. Er nennt neben Vorwürfen, die sich der Weltrat aus den eigenen Reihen gefallen lassen muß, z. B. er habe nicht einmal das Gewicht einer UNO erreicht, obwohl er die UNA (Sancta) sein wollte, auch Vorwürfe aus Ländern der Dritten Welt, das Christentum sei für ihre Staatwerdung „ein gefährlicher Bazillus“, weil es immer noch neokolonialistisch denke. Seine Theologie sei wegen all der Kompromisse „oberflächlich“, die „vertikale“ Theologie werde in „horizontalen“ Aktivismus aufgelöst.

Zur Situation der Juden in der Sowjetunion

Der Leningrader Prozeß, bei dem elf Juden angeklagt waren, die Entführung eines sowjetischen Flugzeuges geplant zu haben, hat für eine kurze Zeit wenigstens das Augenmerk der Öffentlichkeit auf die Situation der Juden in der Sowjetunion gelenkt. Der Umstand, daß hier zwei Todesurteile wegen einer nicht vollbrachten Tat verhängt wurden, und dies zur gleichen Zeit, da das Militärgericht in Burgos seine Todesurteile fällte, und die Welt im Sinne des Wortes von Protesten widerhallte, hat diesem Prozeß ein Echo verschafft, welches er unter anderen Umständen kaum gefunden hätte. Dem Prozeß kommt keine wesentliche Bedeutung zu, er ist nur Symptom des Zustandes, in dem sich die Juden in der Sowjetunion befinden.

Der Leningrader Prozeß

Beschuldigt waren in diesem Prozeß elf Juden, weil sie — so die Anklage — geplant hätten, ein sowjetisches Flug-

zeug gewaltsam nach Finnland zu entführen, um auf diese Weise die Sowjetunion zu verlassen. Die strikte Geheimhaltung der Untersuchung und die faktisch geheime Durchführung des Prozesses lassen ein Urteil darüber, ob diese Flugzeugentführung wirklich geplant war, d. h., ob die Vorbereitung zu einem Verbrechen im Sinne der sowjetischen Strafgesetze vorliegt, nicht zu. Die inner- und außerhalb Rußlands umlaufenden Versionen über den wirklichen Sachverhalt sind vage und in sich widersprüchlich. Nach der einen wäre das Unternehmen vom sowjetischen Staatssicherheitsdienst, dem KGB, durch einen *Agent Provocateur* eingefädelt worden. Das heißt: die Behörden waren von Anfang an über den Verlauf der Vorbereitungen informiert. Dafür spricht wohl die gleichzeitige Verhaftung der Beschuldigten an mehreren Orten. Nach einer anderen Version, die vornehmlich in Israel verbreitet ist, wäre die Anschuldigung selbst nicht zutreffend. Dagegen spricht sicherlich die Tatsache, daß die Angeklagten zwar